

⇒ Gerhard Wegner

## Soziale Marktwirtschaft A und B

### Kommentar zum Referat von Traugott

Jähnichen, ÖASI-Tagung, Münster, 15.01.2010

Die Überlegungen von Traugott Jähnichen sind zumindest einer doppelten Rückfrage würdig:

a) Ist die soziale Marktwirtschaft tatsächlich ein primär protestantisches Projekt? Und:

b) Ist sie in dieser Prägung zukunftsfähig?

Jähnichen würde beide Fragen, wenn ich ihn richtig verstehe, entschlossen positiv beantworten. Mein Kommentar ist da etwas zurückhaltender – vor allem, was die Antwort auf die zweite Frage anbetrifft.

⇒ 1

Zunächst zu der Frage der protestantischen Ursprünge der sozialen Marktwirtschaft. Mein schon vor einiger Zeit gemachter eigener Vorschlag (Wegner 2007) geht in eine gegenüber Jähnichen etwas differenziertere Richtung. Ich halte es für sinnvoll, deutlich zwischen zwei Auffassungen von der sozialen Marktwirtschaft, soziale Marktwirtschaft A und soziale Marktwirtschaft B, zu unterscheiden. Die soziale Marktwirtschaft A wäre das klassische, – theoretisch ausgearbeitete – ordoliberalen Konzept rund um die Freiburger Schule und andere und die soziale Marktwirtschaft B das, was gemeinhin in der Welt – und fast immer auch in Deutschland – sozusagen als faktisch realisierte soziale Marktwirtschaft und als das Erfolgskonzept

Deutschlands verstanden wird. Beides ist nicht identisch. Die B-Variante kann bestenfalls als Hybrid von A mit anderen Faktoren verstanden werden; bisweilen kann man sogar von gegenteiligen Tendenzen in B zu A sprechen.

Der differenzierende Faktor zwischen beiden Konzepten ist vor allem der Stellenwert einer mehr oder minder umverteilenden, jedenfalls aber vom Interesse her gestaltenden Sozialpolitik. Dieser Faktor kann – wenn man so etwas überhaupt

---

**Gerhard Wegner**, Prof. Dr., geboren 1953 in Hamburg, Studium der Theologie in Göttingen und Nairobi, apl. Prof. für Praktische Theologie in Marburg, Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD. Neuere Veröffentlichungen: Teilhabe fördern. Christliche Impulse für eine gerechte Gesellschaft. Stuttgart 2010.

---

konfessionell zurechnen will<sup>1</sup> – mit einem gewissen Recht als katholischer Beitrag zur sozialen Marktwirtschaft begriffen werden. Er hat in vielerlei Hinsicht eine eigenständige Gestaltungsmacht entwickelt. Sieht man es so, dann wird zugleich deutlich, dass die ursprünglichen ordoliberalen Impulse der Protestanten durchaus ambivalente Züge im Aufgreifen sozialer Interessen gehabt haben. Jedenfalls liegt der Schwerpunkt ihrer Argumentation nicht in diesem Feld. Das Hauptinteresse ist die Gestaltung eines freien und darin verantwortlichen Wirtschaftslebens (das, so die Annahme, die soziale Frage lösen könnte).

Ich fühle mich in dieser These durch Jähnichens Referat auch nicht völlig in die Enge gedrängt, da auch bei ihm das Thema Sozialpolitik erst weit hinten abgehandelt wird. Zusammen genommen mit vielen Bemerkungen bei Philip Manow (Manow 2008) und vor allen Dingen bei Ralf Ptak (Ptak 2004) wird deutlich, dass der ordoliberale »starke Staat« auf jeden Fall eines nicht ist: Er ist kein umverteilender Staat. Sozialpolitik steht nicht im Vordergrund, sondern es wird vor allen Dingen auf die (vermeintlich positiven) sozialpolitischen Effekte einer wirklichen Wettbewerbswirtschaft gesetzt. Wenn es überhaupt um Sozialpolitik geht, dann um eine marktkonforme Variante – jedenfalls nicht eine, die von sozialpolitischen Impulsen her das Marktgeschehen selbst aktiv gestalten würde. In dieser Hinsicht lassen sich viele Zitate, insbesondere auch in Müller-Armacks Schriften, finden.

Der »starke Staat« der Ordoliberalen steht deutlich in einer obrigkeitlichen, letztendlich wahrscheinlich lutherischen, protestantischen Tradition. Er ist in dieser Hinsicht sicher kein Staat, der sich nur auf einige wenige Regulierungsbereiche zurückzieht, wie dies in einer angelsächsischen liberalen Tradition nahe liegen würde. Vielmehr wacht er auch über die Bürger und beansprucht letztlich das Recht, sie auch zu erziehen. Qua Sozialpolitik Voraussetzungen für die Realisierung subjektiver Autonomie für alle zu schaffen, ist sicherlich nicht seine Aufgabe. Dies wird letztlich der Selbstverantwortung der Einzelnen überlassen.

(1) Unberührt bleibt hier die Frage nach dem Einfluss anderer als konfessioneller Faktoren, z.B. nach der Gestaltungsmacht von Sozialdemokratie und Gewerkschaften.

## ⇒ 2

An dieser Stelle legt sich ein Vergleich der Thesen von Philip Manow und Traugott Jähnichen nahe. Beide argumentieren unterschiedlich, aber wie ist die Differenz genau zu beschreiben? Eines scheint mir deutlich zu sein: Es geht hier um unterschiedliche Paradigmen, von denen her das ordoliberalen Projekt in den Blick genommen wird. Manows Maßstab ist ein vollendetes liberales Muster nach westlicher Logik. Von diesem Muster her muss insbesondere die Betonung des starken Staates als ein illiberales Überbleibsel kritisiert werden. Aber woher kommt eigentlich dieser Maßstab? Gemessen an einem solchen Idealmodell wird an den alten Texten viel autoritärer Staub wahrnehmbar gemacht. Aber ist ein solches Vorgehen wirklich plausibel? Katholische – aber auch sozialdemokratische – Texte aus dieser Zeit werden auch nicht viel anders geartet sein. Die Frage ist, ob es in Deutschland – in der Weimarer Republik wahrscheinlich gar nicht, aber auch nicht in der Bonner Republik – überhaupt in diesem Sinne strikt liberale Kräfte gegeben hat, die irgendeinen erkennbaren Einfluss gehabt hätten. Der historische Blickwinkel, den Manow anlegt, ist sehr abstrakt und erkennbar »von außen« an die deutschen Verhältnisse herangetragen. Man kann gegen Manow, wenn man dies alles abzieht, mit Fug und Recht sagen, dass die einzigen Liberalen in Deutschland die Ordoliberalen gewesen sind, zumindest in Bezug auf die Wirtschaft. Folglich waren die in diesem Sinne konsequent freiheitlichen Kräfte in Deutschland immer begrenzt.

Traugott Jähnichens Paradigma ist da anders. Er zitiert das Modell der Verantwortlichen Gesellschaft der Ökumene nach dem Zweiten Weltkrieg. In dieser Hinsicht ist er historisch näher dran als Manow. Aber auch von diesem Modell her, das deutlich durch angelsächsische Verantwortungsethiken geprägt gewesen ist, kann man noch einmal fragen, ob das skeptische, wahrscheinlich lutherische Menschenbild, das Einhegen des Bösen durch den obrigkeitlichen und fürsorglichen Staat, auch durch den Wettbewerb, denn wirklich so viel Freiheitliches an sich gehabt hat. Einfach deckungsgleich mit den Konzepten der Verantwortlichen Gesellschaft war es sicherlich nicht.

## ⇒ 3

Deutlich ist, dass das Staatsverständnis der Ordoliberalen protestantisch geprägt ist. Es geht um einen starken Staat, der in Distanz zu Interessengruppen durchaus erziehend und fürsorgend wirkt. Dieser Staat ist gerade nicht »embedded«, sondern er existiert im Gegenüber zur Gesellschaft. Dies verweist aus meiner Sicht klar

auf eine lutherische obrigkeitsstaatliche, benevolent patriarchalische Tradition. Dieser Staat sorgt für »seine« Leute und bestraft sie auch. Luthers Mahnungen an die Obrigkeit klingen einem in dieser Hinsicht im Ohr. Obwohl dies zumindest in Teilen nicht besonders freiheitlich klingen mag: Irgendwie hat der Transfer von diesem Staatsverständnis in die moderne Welt der Stärkung der Autonomie der Individuen zumindest im Sozialstaatsmodell Skandinaviens gut geklappt. Die Gründe hierfür werden bei Philip Manow erörtert. Die Sozialstaatstradition ist in dieser Hinsicht ein Erbe der lutherischen Linie.

Aber was ist eigentlich mit dem Wettbewerb? Woher kommt dieses Element? Es ist den lutherischen Traditionen auf jeden Fall nicht zu entnehmen. Alles, was man da finden kann, ist eigentlich eher eine Abwehr von Wettbewerb als einem schädlichen Element, das die Eigensucht antreibt und letztlich zerstörerisch wirkt. Wettbewerb wird mit Kapitalismus assoziiert, den man in Deutschland noch ganz lange nicht haben will. Klar ist allerdings bei den Ordoliberalen auch, dass Wettbewerb als staatliche Veranstaltung gesehen wird, aber selbst dieses Element ist in den protestantischen Traditionen lutherischer Provenienz – jedenfalls in Deutschland – kaum zu finden. Es lässt sich nur als Import aus angelsächsischen freiheitlichen Traditionen begreifen. Es ist hier interessant, dass auch Manow an einer Stelle konzidiert, dass ein Ansatzpunkt der Bejahung des Wettbewerbs die Vorstellung einer Minimierung der Herrschaft der Menschen über die Menschen (Manow 2008, 130) gewesen sei. Der Wettbewerb ist in dieser Sichtweise ein ideales Instrument, mit dem sich die sündigen Menschen gegenseitig in ihrer Sünde begrenzen und auf diese Weise selbst steuern können.

Ist das nun ein protestantischer Kerngedanke oder nicht doch klassisch altliberal gedacht? Oder ist das Ganze nicht viel mehr als eine Art patriarchalische Spielanleitung vorgestellt worden: Im Wettbewerb können sich die Bürger sozusagen wie die Kinder austoben, aber Vater Staat wacht schon darüber, dass nichts Böses passiert? Einige der ordoliberalen Texte könnte man gut in diese Richtung interpretieren. Die entscheidende Initiative kommt jedenfalls dem Staat zu. Dass dieser dann später diese Rolle auch in der Sozialpolitik übernehmen will, liegt auf derselben Linie. Der Staat als Instrument der Bürger zur Sicherung der Grundlagen ihrer Freiheit kommt kaum in den Blick.

Ist dies so Skizzierte zukunftsfähig? Hilft es bei der Bewältigung wichtiger gesellschaftlicher Zukunftsprobleme? Traugott Jähnichen liefert eine Reihe von Argumenten in diese Richtung. Ich kann soweit mitgehen, dass wahrscheinlich gerade diese Vorstellungen eines starken Staates, der auf Distanz zur Gesellschaft, insbesondere zur Wirtschaft, operiert, heute angesichts der Finanzkrise wieder große Attraktivität gewonnen hat, und es deswegen eine gewisse Renaissance des ordoliberalen Projektes in dieser Hinsicht gibt. Wie könnte man theologisch von der Finanzkrise sprechen, ohne von der Sünde zu reden, die eingehegt, und zwar robust eingehegt werden muss?

Interessant ist an dieser Stelle die Zusammenfassung der ordoliberalen Grundgedanken durch Philip Manow:

Die Ablehnung einer ›Vorfahrtsregelung‹ für die individualistische Glücksverfolgung, die Polemik gegen das liberale Laissez-faire, die Sorge um relative Einkommensgleichheit und der paternalistische Grundzug der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die volkserzieherischen Elemente wurden hier als Kennzeichen einer protestantischen Soziallehre identifiziert, eingekleidet in eine vorgeblich liberale Wirtschaftsdoktrin. Aus dieser Perspektive ist dann die Abweichung des kontinentaleuropäischen Sozial- und Wirtschaftsmodells vom Marktmodell angelsächsischer Prägung nicht mehr nur aus dem Einfluss der katholischen Soziallehre zu erklären (Manow 2008, 133).

Formulierte man die genannten Punkte in eine moderne Sprache um, so stellen sich die betreffenden Facetten gar nicht so konservativ und gegenmodern dar. Was sollte denn eigentlich sonst zukunftsfähig sein, als genau dies: die Begrenzung eines Laissez-faire in der Wirtschaft, die Begrenzung von Ungleichheit, auch gewisse volkserzieherische Momente im Sinne eines aktivierenden Staates? Lediglich die Polemik gegen das individualistische Glückstreben bleibt ein Stachel im Fleisch. Aber selbst dieser zarte Hinweis auf die Rückkehr zum Pflichtgedanken muss ja nicht falsch sein. Folglich könnte man bis hierhin Jähnichen gegen Manow Recht geben: Das Projekt ist durchaus zukunftsfähig. Ja, es verkörpert nach wie vor geradezu typische deutsche Vorstellungen von einer mit Gemeinschaft gepaarten Ordnung im Unterschied zum liberalen Turbokapitalismus.

Aber: Dieses Modell hat dennoch aus heutiger Sicht erkennbare Grenzen. Es verzichtet darauf, die Frage nach den

Konstitutionsbedingungen subjektiver Autonomie im Sinne der Wahrnehmungsfähigkeit von Eigen- und Selbstverantwortung der Menschen zu stellen. Es setzt ihre Existenz weitgehend voraus und unterliegt damit der klassischen Selbsttäuschung aller liberalen Ansätze. Autonomie und demokratische Handlungsfähigkeit der Bürger lassen sich gerade unter modernen Bedingungen nicht ohne eine wirklich gestaltende Sozialpolitik sichern. In dieser Hinsicht hat das ordoliberalen Projekt erkennbare Grenzen. Es muss heute in der Hinsicht erweitert werden, dass Sozialpolitik nicht nur als nachklappendes Anhängsel, sondern als voraussetzende Bedingung für eine funktionsfähige Gesellschaft insgesamt begriffen wird.

Die Zukunft kann nur durch ein kluges Ineinander von Wirtschafts- und Sozialpolitik gestaltet werden. Nur mittels guter sozialer Absicherung werden die Menschen bereit sein, jene Flexibilität und damit jene Risikohaftigkeit zu übernehmen, die wahrscheinlich in Zukunft verstärkt das Leben prägen wird. Eine hohe ökonomische Leistungsfähigkeit kann in Zukunft nur in Einklang mit hoher sozialer Absicherung gewährleistet werden – zumindest in den Traditionen, die in Mittel- und Nordeuropa prägend sind. In dieser Hinsicht muss die soziale Marktwirtschaft ihre ordoliberalen Eierschalen abwerfen und sich vor allem im Blick auf den Staat neu aufstellen. Es gilt nicht nur für funktionsfähige Wettbewerbsmärkte als solche zu sorgen, sondern diese Märkte entschlossen für lebensdienliche Ziele zu mediatisieren.<sup>2</sup>

(2) Vgl. das Projekt der Ev. Kirche von Westfalen zur Neugestaltung der sozialen Marktwirtschaft, das in diese Richtung wichtige Ansätze beschreibt.

## Literatur:

Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche von Westfalen (Hg.) (2009): Materialien für den Dienst in der Evangelischen Kirche von Westfalen 1/2009, Studie ›Ethische Dimensionen der sozialen Marktwirtschaft‹, Bielefeld.

Manow, Philip (2008): Religion und Sozialstaat. Die konfessionellen Grundlagen europäischer Wohlfahrtsstaatsregime. Frankfurt a.M./ New York.

Ptak, Ralf (2004): Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Wiesbaden.

Wegner, Gerhard (2007): »So hatte das Ludwig Erhard aber nicht gemeint!« Transformationen der Sozialen Marktwirtschaft. In: Jahrbuch Sozialer Protestantismus Band 1, Gütersloh, 162-208.

**Zitationsvorschlag:**

Wegner, Gerhard (2010): Soziale Marktwirtschaft A und B. Kommentar zum Referat von Traugott Jähnichen, ÖASI-Tagung, Münster, 15.01.2010 (Ethik und Gesellschaft 1/2010: »Wem gehört die ›Soziale Marktwirtschaft‹?« Herkunft und Zukunft einer bundesrepublikanischen Erfolgsformel). Download unter: [http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-1-2010\\_Wegner.pdf](http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-1-2010_Wegner.pdf) (Zugriff am [Datum]).



## ethikundgesellschaft

### ökumenische zeitschrift für sozialethik

»Wem gehört die ›Soziale Marktwirtschaft‹?  
Herkunft und Zukunft einer bundesrepublikanischen Erfolgsformel

Philip Manow

Die soziale Marktwirtschaft als interkonfessioneller Kompromiss?  
Ein Re-Statement

Hans-Richard Reuter

Vier Anmerkungen zu Philip Manow: Die soziale Marktwirtschaft  
als interkonfessioneller Kompromiss? Ein Re-Statement.

Traugott Jähnichen

Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft

Torsten Meireis

Wem gehört die »Soziale Marktwirtschaft«?  
Und was fängt er damit an?

Gerhard Wegner

Soziale Marktwirtschaft A und B. Kommentar zum Referat  
von Traugott Jähnichen, ÖASI-Tagung, Münster, 15.01.2010

Stefan Leibold

Die soziale Marktwirtschaft – ein Zukunftsmodell?

Harry W. Jablonowski

Soziale Marktwirtschaft – ein Zukunftsmodell?  
Korreferat zu Stefan Leibold

Bernhard Emunds

Ungewollte Vaterschaft.  
Katholische Soziallehre und Soziale Marktwirtschaft

Hermann-Josef Große Kracht

»...nichts gegen die Soziale Marktwirtschaft, denn das ist verboten«  
(Konrad Adenauer). Sondierungen zur religiösen Tiefengrammatik  
des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells im Anschluss an  
Alfred Müller-Armack und Oswald von Nell-Breuning

Axel Bohmeyer

Zivilreligiöse Aufladung der »Sozialen Marktwirtschaft«  
in postliberaler Gesellschaft?